Datum: 10. November 2022

Saskia Esken im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Am Telefon ist Saskia Esken, Co-Bundesvorsitzende der SPD und Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Wahlkreis Calw in Baden-Württemberg. – Guten Morgen!

Saskia Esken: Guten Morgen!

Heinemann: Frau Esken, Sie könnten heute zunächst nur die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze für 5,4 Millionen Menschen im Deutschen Bundestag beschließen, nicht das Bürgergeld, das im Bundesrat voraussichtlich scheitern wird. Warum lehnen Sie Friedrich Merzens Angebot ab?

Esken: Na ja. Das ist zum einen ein verwirrendes Angebot, ehrlich gesagt, und zum anderen auch vergiftet, denn ich gehe davon aus, dass keine Bereitschaft da wäre, jetzt im Gütlichen im Verhandlungsweg dann zu einem Beschluss der Kulturänderung auch zu kommen, die wir uns vorgenommen haben mit dem neuen Bürgergeld. Denn die Erhöhung, der Ausgleich der Inflation ist ja selbstverständlich und muss tatsächlich dringend kommen, wird aber von der Union jetzt seit Tagen, schon seit Wochen verhetzt als „Arbeit lohne sich dann nicht mehr“. Warum jetzt ausgerechnet dieser Teil beschlossen werden soll heute, erschließt sich mir nicht.

Für mich ist ganz klar, Arbeit lohnt sich immer. Erstens stiftet sie Sinn und sie stiftet natürlich auch Teilhabe, aber vor allem führt sie immer zu höheren Einkommen. Ich finde es einfach unredlich, diese Leistungen in der Berechnung zu ignorieren und solche Geschichten zu erzählen. Das ist spalterisch!

Heinemann: Sie werden sich einigen müssen. Warum steuern Sie jetzt sehenden Auges den Vermittlungsausschuss an?

Esken: Na ja. Zunächst mal geht es darum, dass der Bundestag heute beschließt. Wir haben im Bundestag eine Mehrheit. Deswegen führen wir die Regierung an und werden heute das Konzept, so wie wir es jetzt gemeinsam vereinbart haben, wie es auch im

Koalitionsvertrag vereinbart war, mit unserer Mehrheit beschließen und werben weiterhin auch bei den Kolleginnen und Kollegen im Bundestag für Zustimmung, denn es ist ein gutes Gesetz.

Heinemann: Sagen Sie!

Esken: Es geht wie gesagt darum, dass man Menschen Respekt entgegenbringt, dass man ihnen Vertrauen entgegenbringt und nicht dieses Misstrauen gegenüber Menschen in Not. – Ganz ehrlich: Dieses Schonvermögen und die Vertrauenszeit, die haben wir gemeinsam beschlossen mit der Union in Zeiten von Corona. Als Corona hoch war und hohe Arbeitslosigkeit auch mit sich brachte vor allem bei Selbständigen, die nicht arbeiten konnten, haben wir gemeinsam beschlossen, dass so ein Schonvermögen und dass auch so eine Vertrauenszeit für die Angemessenheit der Wohnung eingeführt wird. Die läuft jetzt aus zum Ende des Jahres und wir halten sie aber für richtig und wollen sie deswegen verstetigen mit diesem Gesetz.

Heinemann: Sie war ja befristet. – Sie werden sich einigen müssen. FDP-Vize Johannes Vogel hat gesagt, man kann ein gutes Gesetz immer noch besser machen und da bin ich für jeden ernsthaften Vorschlag offen. – Frau Esken, Begeisterung klingt anders. Zu welchem Kompromiss wären Sie bereit?

Esken: Johannes Vogel hat ganz klar dargelegt, was ich auch schon gesagt habe. Selbstverständlich sind wir in den Detailfragen bereit, auch zu reden. Das werden wir auch tun im Bundesrat und gegebenenfalls im Vermittlungsausschuss. Das ist ganz klar. Es sind ja auch schon Schritte auf die Union zugemacht worden. Von dem, was Hubertus Heil vor drei oder vier Wochen vorgelegt hatte, sind mittlerweile auch Kompromissangebote gemacht worden und schon bereits verankert im Gesetz. Diese Totalblockade, die da auf der anderen Seite aufgebaut wird, die wird auch der Rolle als Oppositionsführer nicht gerecht.

Heinemann: Es ist ja nicht nur die Union. Auch Fachleute warnen vor Sozialleistungsmissbrauch. Ich habe zum Beispiel den Sozialgerichtstag erwähnt. Wieso haben Sie das Problem nicht erkannt?

Esken: In dem Gesetz und im gesamten System sind ja durchaus Überprüfungsmethoden drin, dass es auch darum geht, Missbrauch zu verhindern. Aber zunächst mal geht es darum, Menschen auch Vertrauen entgegenzubringen, vor allem denjenigen in dieser

Vertrauenszeit, die neu im System sind und die doch ihre ganze Konzentration nicht darauf verlegen sollen, sich gegen das Jobcenter zu wehren und umgekehrt, sondern gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie nachhaltig auch tatsächlich eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt gelingen kann. Mit nachhaltig meine ich auch mit Nachholen von Qualifikationen.

Heinemann: Gleichwohl müssen Sie doch die Wirkung berücksichtigen. In den ersten sechs Monaten sollen keine Leistungen mehr gekürzt werden, wenn etwa keine Bewerbungen geschrieben werden. Warum sollen jetzt Geringverdiener, die kaum mehr Geld verdienen, sechs Monate Untätigkeit finanzieren?

Esken: Nein, es geht nicht um Untätigkeit, sondern es geht darum, dass man nicht über Sanktionen gezwungen werden muss, sondern dass man eine gute Vereinbarung auch erzielt und ein gutes Zusammenwirken mit dem Mitarbeiter oder der Mitarbeiterin im Jobcenter.

Heinemann: Aber das funktioniert doch nicht immer, Frau Esken.

Esken: Um, wie gesagt, nachhaltig auch zu einer Wiedereingliederung zu kommen. Sehr, sehr viele Menschen im System, die schon heute im System sind oder die dort hineinkommen, die haben ja ein Jahr Arbeitslosigkeit im Arbeitslosengeld eins hinter sich und haben auch in dieser Zeit schon Bewerbungen geschrieben und keinen Job gefunden. Denen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt aus verschiedensten Gründen erschwert und da muss man gemeinsam daran arbeiten, dass der wieder möglich wird. Die würden gerne arbeiten!

Heinemann: Aber man muss doch auch daran arbeiten, dass Missbrauch nicht möglich ist, Frau Esken.

Esken: Ja, das ist im Gesetz verankert.

Heinemann: Welche Leistungsbereitschaft bleibt denn bei Menschen übrig, die ein halbes Jahr auf dem Sofa verbracht haben?

Esken: Ich habe ein anderes Menschenbild. Ich sehe Menschen leistungsbereit und ich sehe sie vor allem auch teilhabewillig. Die wollen dazugehören, die wollen auch ein selbstbestimmtes Leben führen. Keiner hat große Freude daran, vom Sozialstaat abhängig zu sein, und insofern ist die Bereitschaft bei den allermeisten da. Für diejenigen, die wirklich hartnäckig sich einer Zusammenarbeit verweigern, sind ja die Sanktionen durchaus weiterhin im Gesetz enthalten. Es muss doch aber darum gehen, eine Vertrauensbasis aufzubauen zwischen Menschen in Not und einem Sozialstaat, der unterstützt und der hilft und der wie gesagt auch grundsätzlich nicht Misstrauen den Menschen entgegenbringt, sondern erst mal Vertrauen.

Heinemann: Warum hat die SPD dann überhaupt die Hartz-Gesetzgebung auf den Weg gebracht?

Esken: Wir haben damals eine Situation gehabt mit einer sehr, sehr hohen Arbeitslosigkeit. Heute haben wir eine gegenteilige Situation. Wir haben eine sehr geringe Arbeitslosigkeit, aber einen hohen Mangel an Fachkräften. Deswegen müssen wir auch alles dafür einsetzen, dass möglichst viele Menschen eine gute Qualifikation haben, die sie nachholen können hier im System, um dann auch nachhaltig im Arbeitsmarkt wieder Tritt zu fassen. Tatsächlich sind ja viele ungelernt im System und ungelernte Arbeit wird immer weniger. Wir brauchen aber dringend diese Fachkräfte und deswegen heben wir auch den Vermittlungsvorrang auf. Bisher ist es ja so, dass in so einem Drehtür-Effekt die Menschen ganz oft vermittelt werden in kurzfristige befristete Jobs, schlecht bezahlte Jobs übrigens auch, und die kommen wieder – schlecht bezahlt insofern womöglich sogar, dass sie aufstocken müssen und weiterhin im System bleiben.

Heinemann: Wenn ich das richtig verstanden habe, kritisiert die Union überhaupt nicht die Bildungsmaßnahmen und die Fortbildungsmaßnahmen, sondern das Fehlen von Sanktionen. – Die „Bild“-Zeitung zitierte am 4. November aus einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, ein Paar mit drei Kindern bekäme zwischen 578 bis 884 Euro mehr als ein entsprechender Haushalt mit Mindestlohn. Der Studienautor, Professor Ulrich Schmidt, sagte, das Bürgergeld ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Menschen, der einer einfachen Arbeit nachgeht. – Kann man schmerzhafter abgewatscht werden?

Esken: Nee! Das ist ein ganz klares Ausspielen von armen Menschen gegen ärmste Menschen. Das will ich wirklich ganz deutlich sagen. Und es entbehrt jeder Grundlage, denn ich sagte es vorher bereits, Arbeit führt immer zu höheren Einkommen als Grundsicherung. Denn wer weniger verdient als das garantierte Existenzminimum, hat ja ein Anrecht auf unterstützende Leistungen, zum Beispiel auch aufstockende Grundsicherung oder Wohngeld

und Kinderzuschlag. Es ist einfach unredlich, diese Leistungen in diesen Berechnungen, die da immer wieder vorgetragen werden, zu ignorieren.

Heinemann: Geht es der SPD auch um die Aufarbeitung der Schröder-Jahre?

Esken: Nein! Es geht darum, dass wir in einer vor allem vollkommen veränderten Situation nicht mit fünf Millionen Arbeitslosen, sondern mit einem hochgradigen Mangel an Fach- und Arbeitskräften dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen können, dass sie qualifiziert arbeiten können und ihr Leben selbst bestreiten.

Heinemann: Welchen weiteren Weg erwarten Sie jetzt? Sie werden das heute im Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Koalition beschließen. Dann wird es im Bundesrat voraussichtlich scheitern. Was dann?

Esken: Sie haben den Weg beschrieben. Es ist möglich, dass das Gesetz dann in den Vermittlungsausschuss geht und dass wir dann dort noch mal verhandeln. Es ist aber auch möglich, dass wir noch Bundesländer zur Zustimmung gewinnen.

Heinemann: Verhandeln auch in Richtung Einführung von Sanktionen?

Esken: Wir sind bereit, über die Details im Gesetz zu sprechen, aber wir beide verhandeln jetzt nicht und wir verhandeln auch nicht über Radiosender oder Fernsehsendungen. Das würde ich nicht empfehlen, sondern wir reden in den Gremien und in den Runden, die dafür zuständig sind.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.